

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint
wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Telegrogramm-Adresse: Zeitung.
Fernsprecher 27



Anzeigen
werden die sechsgehaltene 8 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorricht und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.
Annahmehöhe für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 32.

Dienstag, den 15. März 1927.

20. Jahrgang.

Worte sind für Gedanken, was Gold für Diamanten. Es bedarf feiner, um sie einzufassen, aber es gehört nur wenig dazu.

Stresemann berichtet.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist am Montag nachmittag mit der deutschen Delegation wieder in Berlin eingetroffen. Nach seiner Ankunft erstattete der Minister, wie üblich, dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung Bericht über die Genfer Verhandlungen. Weiter wird Dr. Stresemann in den nächsten Tagen aus den Auswärtigen Ausschuss des Reichstags informieren. Erst diese Berichte ermöglichen ein abschließendes Urteil über die Märztagung, da sie auch die vertraulichen Besprechungen umfassen. Und doch dürfte Dr. Stresemann dieses Mal kaum etwas zu sagen haben, durch das die letzte Märztagung des Völkerbundesrates für Deutschland erfolgreicher wird, als sie ausgegangen ist.

Was hat Genf gebracht? Das ist am besten zu beantworten, wenn wir davon ausgehen, was wir von Genf erhofft und befürchtet haben. Erhofft haben wir Fortschritte zur Aufhebung der Rheinlandbesetzung, Regelung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen, Zurücknahme der französischen Saartruppen, Neuernennung einer für Deutschland tragbaren Saarregierung und die Lösung des ostoberschlesischen Schulkonflikts. Befürchtet haben wir englische Versuche, Deutschland in Genf in die Abwehrfront gegen Russland — oder wenn man will Angriffsfrent — einzuspannen. Für diese Befürchtungen besteht nach der Genfer Tagung kein Anlaß mehr. Dr. Stresemann hat offen und deutlich erklärt, daß Deutschland den englisch-russischen Gegensatz aufs tiefste bedauert und einen friedlichen Ausgleich für notwendig hält!

Wie steht es nun mit unseren Hoffnungen? Mit Polen ist in zweimaliger Aussprache zwischen den beteiligten Außenministern tatsächlich eine gewisse Annäherung zustande gekommen und der erste Schritt zur Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen getan. Das Ergebnis ist umso höher zu veranschlagen, als Dr. Stresemann aus hinreichende Garantien dafür erlangt haben dürfte, daß neue Deutschnaheweisungen nicht mehr vorgenommen und die noch nicht endgültig entschiedenen Ausweisungen, nicht vollzogen werden. Der Wert der neuen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hängt natürlich von dem ungewissen Ausgang dieser Verhandlungen selbst ab. Außer in der Frage der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen ist auch in dem ostoberschlesischen Schulkonflikt eine Verständigung zustande gekommen. Der Wert dieser Vereinbarung wird vergeblich beurteilt. Tatsache ist, daß Deutschland auch hier Opfer gebracht hat, die über keine Verpflichtungen hinausgehen. Nach dem geschriebenen Recht, wie es im Genfer Abkommen über die deutschen Minderheiten in Polen niedergelegt ist, müssen alle Kinder, die für deutsche Minderheitenschulen angemeldet werden, auch in diese Schulen überwiesen werden! Ob die Kinder, die deutsch oder polnisch sprechen, ist ganz gleichgültig. Jetzt hat Deutschland sich damit zufrieden gegeben, daß in dem augenblicklichen Streitfall nur die Kinder in deutsche Schulen kommen, deren Eltern deutsch oder deutsch und polnisch sprechen.

Was somit bereits die Regelung der ostoberschlesischen Schulfrage zeigt, nämlich, daß die deutschen Ausweisungen rechtlich nicht wiederlegt werden können, zeigt das „Kompromiß“ in der Saarfrage in noch weit höherem Maße. Gleichzeitig zeigt die Saarregelung aber auch, daß auch heute noch selbst verhältnismäßig einfache Angelegenheiten vom Völkerbund noch immer nicht ausschließlich nach Recht und Billigkeit geregelt werden können. Der Versailler Vertrag dessen Heiligkeit zu betonen, die Gegenseite nicht mißdeutet, lenkt keine Befragung des Saargebietes! Und doch stehen auch heute noch, 9 Jahre nach dem Kriege, 2000 französische Soldaten im Saargebiet. Trotz der für Deutschland günstigen Rechtslage hat der Rückzug der Truppen, der in drei Monaten durchgeführt sein muß, mit Opfern erkaufte werden müssen. 800 Mann der Truppen lehren als „Eisenbahnschutztruppe“ zurück! Ebenso unerfreulich ist die Wiederwahl der letzten Regierungskommission für das Saargebiet auf ein Jahr, einschließlich des deutsch-belgischen Belgiers Lambert.

Kompromisse, aber keine Fortschritte zur wirklichen Befriedung Europas! Die Rheinlandräumung ist weiter vertagt worden! Das und die Regelung der Saarfrage hat in Deutschland Bedauern und Enttäufung ausgelöst. Das Gerüde der Welt- und der Gleichberechtigung Deutschlands kann daran nichts ändern. Diese Gleichberechtigung sollte nicht nur mit Worten geäußert, sondern einmal auch durch Taten bekundet werden. Und die Tat, die am besten dazu geeignet ist, ist und bleibt nun einmal die schleunige Befreiung des Rheinlandes von den 65 000 Mann starken Besatzungstruppen, die dort nichts mehr zu suchen haben.

Dr. Stresemann weist zur Rechtfertigung seiner Haltung darauf hin, daß über die Saarfrage nicht die Räumung vergessen werden dürfte und daß eine unnahegelegene Haltung einfach zu einer Niederstimmung Deutschlands geführt haben würde. Jetzt gilt es nun, alle Kräfte für die schleunige Räumung des Rheinlandes einzusetzen, damit mit der vertragswidrigen Befreiung des Rheinlandes auch der vertragswidrige Besatzung aus dem Saargebiet verschwindet.



Der neue tschechische Gesandte in Berlin, Chvalovský, der dieser Tage in der Reichshauptstadt eingetroffen ist und die Geschäfte der Gesandtschaft übernommen hat.

Das Genfer Welt Echo.

Chamberlain ist zufrieden. — London für Räumung. — Paris fürchtet Zugeständnisse.

Als erster der aus Genf zurückgekehrten Staatsmänner hat der englische Außenminister in einer längeren Unterredung mit einem Journalisten zu den Ergebnissen der Genfer Märztagung Stellung genommen. Chamberlain erklärte, mit der Märztagung sehr zufrieden zu sein.

„In Genf gab es“, so fuhr er fort, „weder Sieg noch Niederlage, es war keine Rede von Sieger oder Besiegten, sondern es wurde eine Entscheidung gefällt mit Zustimmung beider Parteien. Jede Seite hat erreicht, worauf sie den größten Wert legte. Das deutsch-polnische Schul-tompromiß bedeutet eine befriedigende Entschlammung zwischen Polen und Deutschland, und ich hoffe und glaube, daß es zu einer befriedigenden Lösung auch der anderen noch ausstehenden Fragen führen wird.“

Was die Saarfrage betrifft, fand allfälligerweise auch hier wieder ein Liebesentkommen die Zustimmung beider Parteien. Dies war sicherlich eine der wichtigsten Sitzungen des Völkerbundesrates, denen ich beigewohnt habe. Nach meiner Ansicht arbeitet der erweiterte Völkerbundrat außerordentlich gut. Es ist sehr bemerkenswert, daß während dieser Sitzung keine gruppenweisen Konferenzen, keine geheimen internationalen Versammlungen abgehalten wurden. Es haben wohl viele Einzelbesprechungen zwischen einzelnen Staatsmännern stattgefunden, aber keine Konferenzen außerhalb des Rates. Dies zeigt, wie anders die Beziehungen zwischen Deutschland und uns jetzt seit Locarno geworden sind. Stresemann darf man zu der Tagung Glück wünschen.“

Was Chamberlain in dieser Erklärung zu erwähnen verüßigt hat, holt die englische Presse teilweise nach. Daily News sagt: Der Versuch, den Saar-Besatzung zu französisieren, ist völlig mißglückt. Die vollkommene überläufige Besatzungstreitmacht wird in

drei Monaten zurückgezogen werden, und an ihre Stelle wird eine ebenso umdünge Truppe von 800 Belgien, Franzosen und Engländern treten. Auch diese müssen bestimmt zurückgezogen werden, wenn das Rheinland völlig geräumt ist. Die Umstände werden die

Rückgabe des Saargebietes
an Deutschland lange vor der Volksabstimmung von 1935 erzwingen, und je eher dies erfolgt, umso besser. Daily Chronicle schreibt: Europa wird sich niemals sicher fühlen, solange eine mächtige Partei in Deutschland besteht, die noch immer an Wache und an einen fünfjährigen Krieg denkt. Das beste Mittel, diesen Geist zu bannen, besteht darin, berechtigten Beschwerden ab-zuhelfen. Wenn die Franzosen sich bereitfinden, in der Rheinlandfrage nicht auf ihrem Pfund Fleisch zu bestehen, und durch eine schöne Geste die Besatzungsfrist verkürzen, dann würde dies ihre eigene Sicherheit erheblich vergrößern und den Geist der Wache in Deutschland in Mißachtung bringen.

Der Genfer Berichterstatter der Times erklärt, Dr. Stresemann habe diesmal am meisten nachgegeben und sich im Zusammenhang mit der Forderung nach Räumung des Rheinlands in eine feste Stellung gebracht. Es besteht Grund zu der Annahme, daß er hofft, das Datum für die Räumung werde vor Juni festgesetzt werden, so daß die nächste Sitzung des Völkerbundesrates ohne Furcht vor einem Zwischenfall in Berlin abgehalten werden kann.

In Frankreich
ist die Regierungspresse mit Genf zufrieden, wozu sie allerdings auch allen Anlaß hat. Die Partier Rechts- und Presse dagegen heßt erneut gegen Briand und schreibt, Deutschland habe auch von dieser Zusammenkunft das mitgenommen, was es haben wollte. Stresemann habe in der Saarfrage nachgegeben, dafür aber maßlos reichlich Zugeständnisse in der Räumungsfrage eingekauft. England und Frankreich müßten jetzt die Irrtümer der letzten Jahre bezaheln. Großbritannien habe zwei schwere Fehler begangen: es habe den Sowjets eine politische Autorität gegeben, die diese niemals hätten erlangen dürfen, und es habe Deutschland zu rasch emporkommen lassen, um die Spuren seiner Niederlage beharrlich zu verteidigen! Wäre nicht die Stunde gekommen, eine französisch-britische Politik wieder aufzubauen?

Die italienische Presse
bezeichnet die Verpflichtung zur Saarräumung binnen drei Monaten als ersten Schritt zur Rheinlandräumung. Im allgemeinen habe Deutschland diesmal in Genf erreicht, was es vernünftigerweise erreichen konnte, aber nicht mehr. Der Haupterfolg liege in der allmählichen Annäherung zwischen Deutschland und Polen dank der Tätigkeit des Völkerbundesrates.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 15. März 1927.
— Zur Teilnahme an der Generalversammlung der deutschen Reichsbank hat sich der amerikanische Bankier Garrab nach Deutschland begeben.
— Der niederländische Gesandte in Berlin, Baron Gevers, einer der am längsten in Berlin tätigen Diplomaten, hat infolge angegriffener Gesundheit die Königin von Holland um seine Entlassung gebeten.

• **Kühnmanns Zustand noch bedenklich.** Der frühere Staatssekretär des Auswärtigen von Kühnmann, der Unter den Linden in Berlin von einem Motorradfahrer überfahren worden war und mit einer schweren Schädelverletzung in die Universitätsklinik gebracht werden mußte, hat das Bewußtsein wiedererlangt. Sein Befinden ist jedoch noch immer ernst und gibt zu Bedenken Anlaß.

Rundschau im Auslande.

• Die Deutsche Kolonie in Sofia veranlaßte aus Anlaß des deutschen Volkstrauertages auf dem Friedhof der im Kriege Gefallenen eine Feier.
• Wie aus Cartagena gemeldet wird, ist das spanische Unterseeboot B 6 bei einer Übungsfahrt 72 Stunden unter Wasser geblieben und hat damit eine Rekordleistung aufgestellt.

• **Kommunistenprozesse in Italien.**
Der italienische Sondergerichtshof für die Verteidigung des Staates hat nach mehrtägiger Verhandlung den Prozeß gegen verschiedene Kommunisten beendet und diese wegen Aufhebung zum Klassenkampf und zum Sturz der staatlichen Gewalt zu Gefängnisstrafen zwischen einem Jahr und 14 Jahren verurteilt.

